Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6251

17. 01. 90

Antrag

der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN

Unterstützung einer Friedensordnung für Kambodscha, die eine Rückkehr der Roten Khmer an die Macht ausschließt

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

— mit Nachdruck den Vorschlag der australischen Regierung zu unterstützen, den Sitz Kambodschas in den Vereinten Nationen (VN) der Widerstandskoalition zu entziehen und erst dann neu zu besetzen, wenn – dem Vorbild Namibias entsprechend – nach allgemeiner Abrüstung unter treuhänderischer VN-Verwaltung in freien Wahlen eine neue Regierung gebildet und im Amt ist,

— sich dafür einzusetzen, daß unter der Verantwortung der VN baldmöglichst eine internationale, unabhängige Anhörung zur aktuellen Lage Kambodschas und zur drohenden Rückkehr der Roten Khmer an die Macht stattfindet,

— die Ausrüstung der Roten Khmer mit Waffen aus bundesdeutscher Produktion wirksam zu verhindern,

— darauf hinzuwirken, daß die Nahrungsmittelhilfe des Welternährungsprogramms, entsprechend einer Forderung der Aktion „Brot für die Welt", für Flüchtlingslager an der thailändischen Grenze, die von den Roten Khmer kontrolliert werden, eingestellt wird, solange keine wirksame VN-Kontrolle verhindert, daß diese Hilfe in erster Linie dem bewaffneten Kampf der Roten Khmer zugute kommt,

— das Hilfsprogramm der United Nations International Children's Emergency Fund (Unicef) zur Verbesserung der Lage von Frauen und Kindern in Kambodscha großzügig zu unterstützen.

Bonn, den 17. Januar 1990

Frau Kelly
Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Die Gefahr einer Rückkehr der Roten Khmer an die Macht in Kambodscha wächst von Tag zu Tag. Und das, obwohl die Roten Khmer unter Pol Pot von 1975 bis 1979 Kambodscha mit ihrem brutalen Steinzeitkommunismus in eine unbeschreibliche Hölle verwandelt und über eine Million Menschen ermordet haben.

In der sog. Widerstandskoalition, die mit Unterstützung des Westens als rechtmäßige Vertretung Kambodschas in den Vereinten Nationen anerkannt ist, bilden die Streitkräfte der Roten Khmer das entscheidende und den anderen Koalitionspartnern eindeutig überlegene Militärpotential. Vieles spricht dafür, daß dieses Militärpotential seit dem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha auch den Streitkräften der von Vietnam protegierten Hun Sen-Regierung überlegen ist, die vom Westen nach wie vor nicht anerkannt wird.

Der militärischen Offensive der Roten Khmer ist bereits im Oktober 1989 die Grenzstadt Pailin zum Opfer gefallen. Bei ihrer Einnahme wurden nach Schätzungen internationaler Hilfsorganisationen etwa 10 000 Zivilpersonen getötet.

Nächstes Angriffsziel der Roten Khmer scheint die bereits umkämpfte zweitgrößte Stadt Kambodschas, Battambang, zu sein, deren Eroberung das erklärte Ziel der Widerstandskoalition ist. Mit ihrer Einnahme würde ein erneutes Terrorregime der Roten Khmer über Kambodscha in greifbare Nähe rücken.

Verantwortlich für diese Entwicklung, die angesichts der von den Roten Khmer in Kambodscha begangenen Verbrechen von keiner Regierung gewünscht werden kann, sind vor allem China und die USA, aber auch die Verbündeten der Vereinigten Staaten und damit auch die Bundesrepublik Deutschland. Das verpflichtet die Bundesregierung, wenigstens jetzt alles zu tun, um eine Rückkehr der Roten Khmer an die Macht zu verhindern. Der von der australischen Regierung vorgeschlagene Weg bietet dazu eine vielleicht letzte Chance. Ihn zu unterstützen, sollte für jede auf die Einhaltung der Menschenrechte bedachte Regierung selbstverständlich sein.

Den mit ungeheuren Verbrechen gegen die Menschlichkeit belasteten Roten Khmer muß deshalb unverzüglich jede direkte und indirekte, materielle und ideele Unterstützung entzogen werden. Da China hierzu nicht bereit sein wird, müssen die westlichen Regierungen um so entschiedener handeln. Das schließt die Verhinderung von Waffenlieferungen (leider auch aus der Bundesrepublik Deutschland) und die Einstellung jeder Versorgung der Roten Khmer über bestimmte, als Versorgungsbasis mißbrauchte Flüchtlingslager entlang der thailändischen Grenze ebenso ein wie den Entzug des Rechts, im Verband der Widerstandskoalition Kambodscha bei den Vereinten Nationen zu vertreten.

Um ein weiteres Vordringen der Roten Khmer zu verhindern und freie Wahlen in Kambodscha zu ermöglichen, sollte Kambodscha – wie von Australien vorgeschlagen – eine zeitlang, von der UNO treuhänderisch verwaltet werden.

Zur Behebung der unmittelbarsten Not in Kambodscha ist das von Unicef begonnene Hilfsprogramm besonders wichtig. Die Bundesrepublik Deutschland hat dieses Programm bisher mit keinem Pfennig unterstützt, aber Millionenbeträge für die rund 300 000 Flüchtlinge in den größtenteils von den Roten Khmer kontrollierten Lagern in Thailand aufgewendet. Mit dem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha ist jedoch der von der Bundesregierung geltend gemachte Grund für die Nichtunterstützung von Hilfsprogrammen in Kambodscha selbst längst weggefallen.



Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333